

#SozialWählen

... DAMIT INTEGRATION GELINGT

Die Debatte um Zuwanderung und Flucht reduziert sich allzu oft auf die Beschränkung von Zuwanderung. Diese einseitige Perspektive bringt keine Lösungen. Migration war immer schon fester Bestandteil der Gesellschaft und hat Deutschland auch wirtschaftlich, kulturell und demografisch weiterentwickelt. Weltweite Krisen führen zudem verstärkt zu Vertreibung und Flucht, die nicht aufzuhalten sind. Wir sollten daher ganzheitliche Antworten darauf finden, wie die Integration und Partizipation Zugewanderter gut gestaltet und Konflikte bearbeitet werden können. Integration gelingt, wenn wir ein gemeinsames Verständnis für das Zusammenleben haben und wenn Bildung, Sprachförderung, Eingliederung in den Arbeitsmarkt sowie Gleichberechtigung gut gestaltet werden.

Potenziale nutzen

Für gelingendes und schnelles Ankommen von Eingewanderten ist es zentral, von Anfang an auf Förderung zu setzen. Besonders relevant sind dabei Deutschkurse und eine qualifizierte Beratung. Ein leistungsfähiges Bildungs- und Arbeitsmarktsystem und die Integration vor Ort sind wesentliche Erfolgsfaktoren. Leider wurde besonders in den letzten Jahren gerade in diesen Bereichen zu wenig investiert, so dass Probleme im Zusammenleben zugenommen haben.

Lösungen:

- Eine gute Verständigung auf Deutsch ist nicht nur für das Ankommen, sondern auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt entscheidend. Es müssen ausreichend Integrationskurse angeboten werden, die Kinderbetreuung beinhalten und auch spezifische Bedürfnisse berücksichtigen, etwa durch Angebote für Frauen, Eltern, junge Menschen sowie Analphabet:innen.
- Es braucht eine gesetzliche Grundlage für ein flächendeckendes Grundberatungsangebot, das Menschen Orientierung in Deutschland gibt. Migrationsberatung und Jugendmigrationsdienste müssen mehrjährig abgesichert und bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- Psychische Erkrankungen behindern Integration und können in schweren Fällen auch zu Selbst- und Fremdgefährdung führen. Psychosoziale Zentren leisten essenzielle Arbeit, indem sie Schutzsuchenden schnelle und bedarfsgerechte Unterstützung bieten. Es liegt auch im öffentlichen Interesse, die Bundesförderung für diese Zentren substanziell auszubauen.
- Die Asylverfahrensberatung soll bedarfsgerecht ausgebaut werden, damit sie allen Schutzsuchenden während des gesamten Asylverfahrens zur Verfügung steht.
- Das Startchancen-Programm für mehr Chancengerechtigkeit an Schulen muss fortgesetzt und ausgebaut werden, um Schulen mit einem hohen Anteil an sozial benachteiligten Schülerinnen und Schülern zu stärken.

Integration in den Arbeitsmarkt – schnell und nachhaltig

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein zentrales Thema, um gut zusammenleben zu können. Außerdem entlastet sie das Sozialsystem. Gerade hier gibt es jedoch weiterhin gesetzliche und administrative Hürden. Der Abbau von Hindernissen ist unerlässlich für eine gelingende Migrationspolitik.

Lösungen:

- Anerkennungsverfahren für ausländische Qualifikationen müssen vereinfacht und beschleunigt werden.
- Arbeiten und berufsbezogenes Deutschlernen müssen durch flexiblere Angebote und Förderung auch außerhalb standardisierter BAMF-Kurse besser verknüpft werden, zum Beispiel durch arbeitgebergestützte Sprachförderung.
- Arbeitsverbote für Schutzsuchende und Geduldete sollen abgeschafft werden.
- Bleiberechtsregelungen sollen verbessert werden, um gesellschaftliche Teilhabe und die Deckung des Arbeitskräftebedarfs zu fördern. Abschiebungen von Menschen in Arbeit darf es nicht mehr geben.
- Die Regelungen des Chancenaufenthaltsrechts sollten verstetigt werden. Alleinstehende, die mehr als fünf Jahre in Deutschland leben, müssen bei erfolgreicher Integration eine Chance haben, im Land bleiben zu dürfen. Für Familien muss dies nach drei Jahren möglich sein.
- Bestehende Lücken im Arbeits- und Sozialrecht müssen geschlossen werden, um Lohndumping und die Umgehung von Schutzstandards zu verhindern. Mittellosen Arbeitssuchenden aus der EU sollten Leistungen gewährt werden, um existenzielle Notlagen und Elendsprobleme insbesondere bei Kindern zu vermeiden. Dafür braucht es den Abbau von Sozialleistungsausschlüssen in den Sozialgesetzbüchern und im Asylbewerberleistungsgesetz.

Fluchtmigration gestalten und Schutz gewähren

Obwohl weltweit die Zahl der Flüchtenden steigt, bleibt die Zahl der Asylanträge in Deutschland konstant. Es gibt nahezu keine regulären und sicheren Wege für Schutzsuchende nach Deutschland. Anstatt die Schutzverantwortung in Drittländer auszulagern – ein Ansatz, der kaum umsetzbar ist und viele Probleme nach sich zieht –, sollten wir uns darauf konzentrieren, Schutzsuchende aufzunehmen und ihnen Perspektiven zu bieten. Das muss mit menschenwürdigen Aufnahmebedingungen einhergehen, die Unterkunft, Ernährung und medizinische Versorgung gewährleisten.

Lösungen:

- Menschenwürdige Aufnahmebedingungen sind in Deutschland weiterhin sicherzustellen, einschließlich angemessener Unterkünfte, Ernährung und medizinischer Versorgung.
- Neben dem Asylverfahren braucht es sichere und reguläre Zugangswege nach Deutschland. Die Zahl der UNHCR-Resettlementplätze sollte sowohl in Deutschland als auch in der EU deutlich erhöht werden.
- Beratungsangebote zur sogenannten Vorintegration in Herkunfts- und Transitländern müssen verstetigt und ausgebaut werden, um den Einstieg in Ausbildung oder Arbeit zu erleichtern.
- Familien gehören zusammen – das ist nicht nur ein Grundrecht, sondern auch eine Grundvoraussetzung für ein gelingendes Ankommen in Deutschland. Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten muss ebenso möglich sein wie der zu anerkannten Flüchtlingen – auch für Geschwisterkinder.
- Opfer rassistischer oder sexueller Gewalt müssen durch ein Bleiberecht geschützt werden. Diese Aussicht erhöht auch die Bereitschaft, Täter vor Gericht zur Rechenschaft zu ziehen.

Schutz vor Rassismus

Damit Migration ihre positiven Potenziale entfalten kann, braucht es eine Gesellschaft, die durch eine gelebte Anerkennungs- und Willkommenskultur geprägt ist. Informations- und Unterstützungsangebote sind dabei unerlässlich. Der Staat muss stärker dazu beitragen, Rassismus und diskriminierende Strukturen konsequent abzubauen, damit Integration besser gelingen kann.

Lösungen:

- Die Erfassung rassistischer Straftaten muss verbessert werden, um effektiver gegen rassistisch motivierte Gewalt vorzugehen.
- Gesetzlich verbindliche Vorgaben, die Diskriminierung verhindern, sowie ein gutes entsprechendes Monitoring staatlicher Aufgaben, das Rassismus beleuchtet, können zu verbesserten Zugängen von Menschen mit Migrationsgeschichte führen.
- Institutionell unabhängige Beschwerdemechanismen wie Polizeibeauftragte oder Clearingstellen bei Bund und Ländern können Vertrauen stärken.
- Die Praxis des »Racial Profiling« muss durch verbindliche Standards für verdachtsunabhängige Kontrollen verhindert werden.